



C(Extr.)/30/4 Rev.
ORIGINAL: englisch
DATE: 8. März 2013

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

Genf

DER RAT

Dreißigste außerordentliche Tagung Genf, 22. März 2013

PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES GESETZENTWURFS ÜBER PFLANZENZÜCHTERRECHTE FÜR SANSIBAR MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS

Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument

1. Mit Schreiben vom 18. Februar 2013 an den Generalsekretär der UPOV ersuchte der amtierende Staatssekretär des Ministeriums für Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Kooperativen der Vereinigten Republik Tansania um Prüfung der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs über die Pflanzenzüchterrechte für Sansibar (nachstehend „Gesetzentwurf“) mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend „Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält eine Abschrift des Gesetzentwurfs auf Englisch.
2. Am 1. November 2012 dankte die Delegation der Vereinigten Republik Tansania dem Rat auf seiner sechszwanzigsten ordentlichen Tagung für die positive Entscheidung über die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs für Kontinentaltansania über Pflanzenzüchterrechte mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens. Die Delegation informierte den Rat, daß die Regierung der Vereinigten Republik Tansania beabsichtige, den Gesetzentwurf für Sansibar zur Prüfung durch den Rat im Jahr 2013 vorzulegen (vergleiche Dokument C/46/18 „Bericht über die Entschließungen“, Absatz 16).

HINTERGRUND

3. Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 sieht vor: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluß über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“
4. Seit 2007 hat das Verbandsbüro Kontinentaltansania bei verschiedenen Gelegenheiten Unterstützung im Hinblick auf vorgeschlagene Änderungen des „Gesetzes zum Schutz neuer Sorten (Pflanzenzüchterrechte) 2002“ in bezug auf die Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens geleistet. Am 6. September 2010 wurde das Verbandsbüro darüber informiert, daß der Entwurf über die Änderung des Gesetzes zu einem konsolidierten Gesetzentwurf ausgearbeitet worden sei und daß sich der Gesetzentwurf in der Generalstaatsanwaltschaft befinde, bevor er dem Parlament vorgelegt werde. Bei dieser Gelegenheit wurde das Verbandsbüro darüber in Kenntnis gesetzt, daß für Sansibar ein gesondertes Stück Gesetzgebung erlassen werde, so daß das gesamte Hoheitsgebiet der Vereinigten Republik Tansania abgedeckt sei.
5. Am 1. und 2. Juni 2011 hielt das Verbandsbüro in Sansibar, Vereinigte Republik Tansania, auf einer Arbeitstagung über Züchterrechte für Interessensvertreter Vorträge und traf mit Regierungsvertretern aus Kontinentaltansania und mit der für die Ausarbeitung eines Entwurfs einer Züchterrechtsgesetzgebung für

Sansibar zuständigen Arbeitsgruppe zusammen. Am 20. Juli 2011 gab das Verbandsbüro Anmerkungen zu dem Gesetzentwurf Kontinentaltansanias und zu dem Gesetzentwurf für Sansibar ab, bei denen die bei den Sitzungen am 1. und 2. Juni 2011 in Sansibar geführten Diskussionen und gemachten Vorschläge berücksichtigt wurden. Das Verbandsbüro erläuterte, daß es für einen Beitritt zum Verband unerlässlich sei, daß beide Gesetzgebungsstücke dem Rat zur Prüfung vorgelegt werden.

6. Am 14. Juni 2012 wurde das Verbandsbüro darüber in Kenntnis gesetzt, daß die Regierung der Vereinigten Republik Tansania beabsichtige, zunächst einmal den Gesetzentwurf für Kontinentaltansania zur Prüfung durch den Rat und zu einem späteren Zeitpunkt den Gesetzentwurf oder das verabschiedete Gesetz für Sansibar vorzulegen.

7. Der Rat beschloß auf seiner sechsendvierzigsten ordentlichen Tagung am 1. November 2012 in Genf,

„a) von der Analyse in Dokument C/46/15 Kenntnis zu nehmen sowie von der Tatsache, daß das Gesetz Kontinentaltansanias über Pflanzenzüchterrechte (Gesetzentwurf) in Artikel 2 den Text „*Ministry means Ministry responsible for agriculture*“, enthalten werde;

b) vorbehaltlich der Aufnahme in den Gesetzentwurf (vergleiche Anlage II des Dokuments C/46/15) der Änderungen des Ministers (vergleiche Anlage III des Dokuments C/46/15), wie in den Absätzen 14, 16, 18, 24, 26, 28, 33, 36, 40, 42 und 43 des Dokuments C/46/15 dargelegt, die empfohlenen Änderungen in den Absätzen 22 und 34 des Dokuments C/46/15 sowie im oben angeführten Unterabsatz a), und die folgenden, mit der Delegation der Vereinigten Republik Tansania in den Artikeln 14, 22 Absätze 1) und 4) des Gesetzentwurfs vereinbarten Vorschläge:

„14.-1) Die Sorte wird als neu angesehen, wenn zum Zeitpunkt der Antragstellung auf die Erteilung eines Züchterrechts Vermehrungsmaterial oder Erntegut der Sorte

a) im Hoheitsgebiet der Vereinigten Republik Tansanias nicht früher als ein Jahr vor Einreichung des Antrages;

b) in einem anderen Hoheitsgebiet als dem der Vereinigten Republik Tansanias, ~~in dem der Antrag eingereicht worden ist~~

i) nicht früher als vier Jahre; oder

ii) im Fall von Bäumen und Reben nicht früher als sechs Jahre

durch den Züchter oder mit seiner Zustimmung zum Zwecke der Auswertung der Sorte nicht verkauft oder auf andere Weise an andere abgegeben wurde.’

„22.-1) Hat der Züchter für eine Sorte einen Antrag auf Schutz in einem Mitglied einer sich mit Pflanzenzüchterrechtsangelegenheiten befassenden internationalen Organisation, der Tansania angehört, ordnungsgemäß eingereicht, so genießt er während einer Frist von maximal 12 Monaten ein Prioritätsrecht. Diese Frist beginnt ~~die~~ am Tage nach der Einreichung des ersten Antrags beginnt. Der Tag ~~Das Datum~~ der Antragstellung wird in diese Periode ~~den späteren Antrag~~ nicht miteingerechnet.

[...]

4) Dem Antragsteller steht eine Frist von zwei Jahren nach Ablauf der Prioritätsfrist, oder eine Frist von sechs Monaten, wenn der erste Antrag zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist, zur Verfügung, um dem Registerbeamten jegliche erforderliche Auskunft und Unterlage sowie das erforderliche Material gemäß den Anforderungen dieser Akte vorzulegen.’

und ohne zusätzliche Änderungen eine positive Entscheidung im Hinblick auf die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs Kontinentaltansanias über Pflanzenzüchterrechte mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen;

c) zur Kenntnis zu nehmen, daß die Annahme des Gesetzentwurfs für Kontinentaltansania und des Gesetzentwurfs für Sansibar erforderlich sind, um die Züchterrechte des gesamten Hoheitsgebietes der Vereinigten Republik Tansania abzudecken;

d) zur Kenntnis zu nehmen, daß die Regierung der Vereinigten Republik Tansania beabsichtigt, den Gesetzentwurf oder das angenommene Gesetz für Sansibar zu einem späteren Zeitpunkt zur Prüfung durch den Rat vorzulegen;

e) die Regierung der Vereinigten Republik Tansania darüber zu informieren, daß ihre Beitrittsurkunde im Anschluß an eine positive Entscheidung über die Gesetze Kontinentaltansanias und Sansibars durch den Rat hinterlegt werden kann; und

f) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung der Vereinigten Republik Tansania von dieser Entscheidung zu unterrichten“ (vergleiche Dokument C/46/18 „Bericht über die Entschließungen“, Absatz 15).

8. Die Delegation der Vereinigten Republik Tansania dankte dem Rat auf seiner sechszehnten ordentlichen Tagung für die positive Entscheidung über die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs von Kontinentaltansania über Pflanzenzüchterrechte mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens. Die Delegation informierte den Rat, daß die Regierung der Vereinigten Republik Tansania beabsichtige, den Gesetzentwurf für Sansibar zur Prüfung durch den Rat im Jahr 2013 vorzulegen (vergleiche Dokument C/46/18 „Bericht über die Entschließungen“, Absatz 16).

9. Am 5. November 2012 verabschiedete das Parlament der Vereinigten Republik Tansania das Gesetz über Pflanzenzüchterrechte für Kontinentaltansania (vergleiche Anlage I dieses Dokuments). Am 5. März 2013 ist beim Verbandsbüro die Abschrift des Gesetzes über Pflanzenzüchterrechte für Kontinentaltansania eingegangen (der gesamte Text des Gesetzes über Pflanzenzüchterrechte für Kontinentaltansania ist im Abschnitt C(Extr.)/30 der UPOV-Website verfügbar).

10. Am 21. Dezember 2012 gab das Verbandsbüro Anmerkungen zum Gesetzentwurf für Sansibar ab, die die in der Entscheidung des Rates vom 1. November 2012 ausgesprochenen Empfehlungen zum Gesetzentwurf von Kontinentaltansania wiedergeben (vergleiche Absatz 7 oben).

GRUNDLAGE FÜR DEN SCHUTZ NEUER PFLANZENSORTEN IN DER VEREINIGTEN REPUBLIK TANSANIA

11. In der Vereinigten Republik Tansania wird der Schutz neuer Pflanzensorten durch das Züchterrechtsgesetz für Kontinentaltansania und durch den Gesetzentwurf für Sansibar, sobald dieser vom Repräsentantenhaus Sansibars verabschiedet wurde, geregelt. Eine Analyse des Gesetzentwurfs für Sansibar folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

12. Artikel 2 des Gesetzentwurfs enthält Begriffsbestimmungen von Sorte und Züchter, die jeweils den Begriffsbestimmungen in Artikel 1 Nummer iv und vi der Akte von 1991 entsprechen.

13. Der Gesetzentwurf enthält in Artikel 2 eine Definition folgenden Begriffes, der nicht in der Akte von 1991 definiert ist:

„verkaufen“ bedeutet in Verkaufsabsicht anbieten, bewerben, lagern, ausstellen, übertragen, übereignen, liefern oder für den Verkauf oder Austausch vorbereiten oder abfertigen, übereignen oder ausliefern;“

14. Der Gesetzentwurf enthält in Artikel 2 eine Definition folgenden Begriffes, der nicht in der Akte von 1991 definiert ist und im Gesetzentwurf nicht verwendet wird:

„reproductive material“ means a plant or part of the plant used to multiply the plant;“
(„Vermehrungsmaterial“ bedeutet eine Pflanze oder ein Teil einer Pflanze, der/die zur Vermehrung der Pflanze verwendet wird;)

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

15. Der Gesetzentwurf trägt den Titel „Ein Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Erteilung und zum Schutz von Pflanzenzüchterrechten, zur Schaffung eines Registers für Pflanzenzüchterrechte und für Angelegenheiten in diesem Zusammenhang“ und entspricht damit der grundlegenden Verpflichtung in Artikel 2 der Akte von 1991.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

16. Artikel 12 des Gesetzentwurfs sieht vor: „[D]er Sortenschutz gemäß diesem Gesetzes ist auf alle Pflanzengattungen und -arten anwendbar.“ Dies ist mit Artikel 3 Absatz 2 Nummer ii der Akte von 1991 vereinbar. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Vereinigte Republik Tansania bei der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde gemäß Artikel 36 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 in einer Erklärung amtlich mitteilen muß, daß das Gesetz auf alle Pflanzengattungen und -arten anwendbar ist.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

17. In bezug auf den Züchter und das Einreichen von Anträgen enthält der Gesetzentwurf keinerlei Einschränkungen bezüglich der Nationalität, des Wohnsitzes natürlicher Personen oder des Sitzes juristischer Personen. Der Gesetzentwurf entspricht den Anforderungen von Artikel 4 der Akte von 1991.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen; Neuheit; Unterscheidbarkeit; Homogenität; Beständigkeit

18. Die Artikel 13 bis 17 des Gesetzentwurfs enthalten mit den oben angeführten Änderungen die Schutzvoraussetzungen, die den Bestimmungen der Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991 entsprechen.

19. Artikel 53 des Gesetzentwurfs betreffend die freigestellte Bestimmung von Artikel 6 Absatz 2 der Akte von 1991 lautet folgendermaßen:

„53.- Der Züchter einer bestehenden, vor kurzem gezüchteten Sorte kann beim Registerbeamten innerhalb von zwölf Monaten ab Beginn des Inkrafttretens dieses Gesetzes einen Antrag für diese Sorte stellen.“

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

20. Die Artikel 18, 19 und 21 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen zur Einreichung von Anträgen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

21. Artikel 21 Absatz 3 des Gesetzentwurfs würde folgendermaßen lauten:

„3) Ein beim Registerbeamten für Züchterrechte in Kontinentaltansania eingereicherter Antrag wird als Antrag für dieselbe Sorte beim Registerbeamten angesehen.“

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

22. Artikel 22 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zum Prioritätsrecht, die den Bestimmungen in Artikel 11 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

23. Artikel 28 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Prüfung des Antrags, die den Bestimmungen in Artikel 12 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

24. Artikel 29 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die den Bestimmungen in Artikel 13 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

25. Artikel 30 Absatz 4 des Gesetzentwurfs enthält die freigestellte Bestimmung „Handlungen in bezug auf bestimmte Erzeugnisse“ nach Artikel 14 Absatz 3 der Akte von 1991 wie folgt:

„4) Vorbehaltlich der Artikel 31 und 32 bedürfen die unter Buchstaben a bis g des Unterartikels 1) erwähnten Handlungen in bezug auf Erzeugnisse, die durch ungenehmigte Benutzung von Erntegut, das unter die Bestimmungen des Untertitels 3) fällt, unmittelbar aus jenem Erntegut hergestellt wurden, der Zustimmung des Züchters, es sei denn, daß der Züchter angemessene Gelegenheit hatte, sein Recht mit Bezug auf das genannte Erntegut auszuüben.“

26. Um den Bestimmungen von Artikel 14 Absatz 5 Buchstaben b und c der Akte von 1991 zu entsprechen, wird empfohlen, Artikel 30 Absatz 6 und 7 des Gesetzentwurfs folgendermaßen zu ändern:

„6) Für die Zwecke von Buchstabe a) des Unterartikels 5) ist eine Sorte als eine im wesentlichen von einer anderen abgeleitete Sorte zu betrachten, wenn-

a) sie vorwiegend von der Ursprungssorte oder von einer ihrerseits vorwiegend von der Ursprungssorte abgeleiteten Sorte, abgeleitet ist, aber weiterhin die Ausprägung der wesentlichen Merkmale, die aus dem Genotyp oder der Genotypkombination der Ursprungssorte resultieren, aufweist;

b) sie eindeutig von der Ursprungssorte unterscheidbar ist; und

c) sie mit Ausnahme der Unterschiede¹, die von der Ableitung herrühren, hinsichtlich der Ausprägung der wesentlichen Merkmale, die aus dem Genotyp oder der Genotypkombination der Ursprungssorte resultieren, mit der Ursprungssorte übereinstimmt.

7) Für die Zwecke dieses Artikels können im wesentlichen abgeleitete Sorten beispielsweise durch die Auslese einer natürlichen oder künstlichen Mutante oder eines somaklonalen Abweichers, die Auslese eines Abweichers in einem Pflanzenbestand der Ursprungssorte, die Rückkreuzung oder die gentechnische Transformation gewonnen werden.“

27. Vorbehaltlich obiger Änderungen enthält Artikel 30 des Gesetzentwurfs Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 14 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

28. Vorbehaltlich der in Überarbeitungsmodus angezeigten Änderungen unten enthält Artikel 31 Absatz 1 des Gesetzentwurfs Bestimmungen über die verbindlichen Ausnahmen vom Züchterrecht, die den Bestimmungen von Artikel 15 Absatz 1 der Akte von 1991 entsprechen.

„31.- 1) Das Züchterrecht erstreckt sich nicht auf-

a) Handlungen im privaten Bereich zu nichtgewerblichen Zwecken;

b) Handlungen zu Versuchszwecken; und

c) Handlungen zum Zweck der Schaffung neuer Sorten sowie in Artikel 30 Absatz 1 bis 4 erwähnte Handlungen mit diesen Sorten, es sei denn, daß die Bestimmungen von Artikel 30 Absätze 5 bis 7² Anwendung finden;“

29. Artikel 31 Absätze 2 und 3 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zur freigestellten Ausnahme gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 wie folgt:

„2) Bezüglich der Liste der vom Minister benannten landwirtschaftlichen Pflanzen, die keine Obst-, Ziersorten, Gemüsearten oder forstliche Baumarten enthält, gilt das Züchterrecht nicht für Landwirte, die in angemessenem Rahmen und unter Wahrung der berechtigten Interessen des Inhabers des Züchterrechts Erntegut im eigenen Betrieb verwenden, das sie aus dem Anbau einer geschützten Sorte oder durch

¹ Artikel 30 Absatz 6 Buchstabe c des Gesetzes über Pflanzenzüchterrechte für Kontinentaltansania lautet folgendermaßen:

„c) sie mit Ausnahme *des Unterschiedes*, der von der Ableitung herrührt, hinsichtlich der Ausprägung der wesentlichen Merkmale, die aus dem Genotyp oder der Genotypkombination der Ursprungssorte resultieren, mit der Ursprungssorte übereinstimmt.“ (Hervorhebung hinzugefügt).

Der Text in Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe b Nummer iii der Akte von 1991 lautet “abgesehen von den sich aus der Ableitung ergebenden *Unterschieden*, [...]”

Die obige Beobachtung war in den Empfehlungen des Rates, die aus seiner Entscheidung vom 1. November 2012 hervorgingen, nicht enthalten (vergleiche Absatz 7 dieses Dokuments).

² Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe c des Gesetzes über Pflanzenzüchterrechte für Kontinentaltansania lautet folgendermaßen:

„c) Handlungen zum Zweck der Schaffung neuer Sorten sowie in Artikel 30 Absatz 1 bis 4 erwähnte Handlungen mit diesen Sorten, es sei denn, daß die Bestimmungen von *Artikel 30 Absatz 5 Anwendung finden*“ (Hervorhebung hinzugefügt)

Der Verweis auf Artikel 14 Absatz 5 in Artikel 15 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 entspricht Artikel 30 Absätze 5 bis 7 des Gesetzes über Pflanzenzüchterrechte für Kontinentaltansania.

Die obige Beobachtung war in den Empfehlungen des Rates, die aus seiner Entscheidung vom 1. November 2012 hervorgingen, nicht enthalten (vergleiche Absatz 7 dieses Dokuments).

Anpflanzen im eigenen Betrieb der geschützten Sorte oder einer Sorte gemäß Artikel 30 Absatz 5 Buchstabe a oder b zum Zwecke der Vermehrung gewonnen haben.

3) Der angemessene Rahmen und die Mittel zur Wahrung der berechtigten Interessen des Inhabers des Züchterrechts sind in den Ausführungsbestimmungen näher auszuführen."

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

30. Um den Bestimmungen von Artikel 16 der Akte von 1991 zu entsprechen, wird empfohlen, Artikel 32 Absatz 1 des Gesetzentwurfs folgendermaßen zu ändern:

„32. - 1) Das Züchterrecht erstreckt sich nicht auf Handlungen hinsichtlich des Materials der geschützten Sorte oder einer in Artikel 30 Absatz 5 erwähnten Sorte, das ~~in Sansibar im Hoheitsgebiet der Vereinigten Republik Tansania~~ vom Züchter oder mit seiner Zustimmung verkauft oder sonstwie vertrieben worden ist, oder hinsichtlich des von jenem abgeleiteten Materials, es sei denn, daß diese Handlungen-

a) eine erneute Vermehrung der betreffenden Sorte beinhalten oder

b) eine Ausfuhr von Material der Sorte, das die Vermehrung der Sorte ermöglicht, in ein Land einschließen, das die Sorten der Pflanzengattung oder -art, zu der die Sorte gehört, nicht schützt, es sei denn, daß das ausgeführte Material zum Endverbrauch bestimmt ist."

31. Vorbehaltlich obiger Änderung enthält Artikel 32 des Gesetzentwurfs Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 16 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

32. Artikel 41 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 17 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

33. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

34. Artikel 33 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 19 der Akte von 1991 entsprechen.

„33.- 1) Ausgenommen die Bestimmungen in Teil VII erlischt das in Einklang mit diesem Gesetz erteilte Züchterrecht zwanzig Jahre nach dem Datum der Erteilung mit Ausnahme von Bäumen und Reben, für die das Züchterrecht fünfundzwanzig Jahre nach dem Datum der Erteilung des Züchterrechts erlischt.

2). Die Geltungsdauer kann durch schriftliche Benachrichtigung des Registerbeamten durch den Inhaber eines Züchterrechts sechs Monate vor Ablauf der ursprünglichen Geltungsdauer um weitere fünf Jahre verlängert werden."

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

35. Um den Bestimmungen von Artikel 20 der Akte von 1991 zu entsprechen, wird empfohlen, Artikel 20 Absatz 7 des Gesetzentwurfs folgendermaßen zu ändern:

„7) Der Registerbeamte trägt die vorgeschlagene Sortenbezeichnung ein, sofern er nicht feststellt, daß diese Sortenbezeichnung ~~in Sansibar im Hoheitsgebiet der Vereinigten Republik Tansania~~ ungeeignet ist, und falls die Bezeichnung ungeeignet ist, verlangt er vom Anmelder, daß er eine andere Sortenbezeichnung vorschlägt."

36. Vorbehaltlich obiger Änderungen enthält Artikel 20 des Gesetzentwurfs Bestimmungen über Sortenbezeichnungen, die den Bestimmungen in Artikel 20 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

37. Artikel 36 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Nichtigkeit des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 21 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

38. Artikel 37 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Aufhebung des Züchterrechts, die den Bestimmungen von Artikel 22 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

39. Hinsichtlich der Verpflichtung „geeignete Rechtsmittel [vorzusehen], die eine wirksame Wahrung der Züchterrechte ermöglichen“ (Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991), sieht Artikel 34 des Gesetzentwurfs Folgendes vor:

„34 1) Züchterrechte sind durch im geschriebenen Gesetz festgehaltene zivil- und strafrechtliche Mittel geschützt.

2) Eine Klage durch den Inhaber des Züchterrechts gegen jegliche Person, die das Züchterrecht verletzt, kann bei allen zuständigen Gerichten eingereicht werden.

3) Das Gericht kann zusätzlich zu den für das Rechtsmittel entstehenden Kosten ein Verbot oder Schadensersatz oder beides anordnen, je nachdem wie es unter den gegebenen Umständen des Falles angemessen erscheint.“

40. Bezüglich der Verpflichtung nach Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 heißt es in Artikel 5 Buchstabe a und Artikel 28 Buchstabe 7 des Gesetzentwurfs folgendermaßen:

„5. Die Aufgaben des Registerbeamten sind a) die Erteilung von Züchterrechten; [...]“

„7) Ein Züchterrecht, das vom Registerbeamten von Kontinentaltansania erteilt wurde, hat dieselbe Wirkung wie das vom Registerbeamten für dieselbe Sorte erteilte Züchterrecht.“

41. Die Artikel 24 und 28 Absatz 6 Buchstabe c des Gesetzentwurfs entsprechen der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten sowie über die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen gemäß Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

Allgemeine Schlußfolgerung

42. Nach Ansicht des Verbandsbüros würde der Gesetzentwurf nach Aufnahme der in den Absätzen 26, 28, 30 und 35 dieses Dokuments empfohlenen Änderungen in den Gesetzentwurf ohne zusätzliche Änderungen den wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991 entsprechen. Das Verbandsbüro bestätigt, daß die im Gesetzentwurf für Sansibar enthaltenen wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991 vorbehaltlich der in den Absätzen 26, 28, 30 und 35 dieses Dokuments empfohlenen Änderungen mit den wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991 des Textes des Gesetzentwurfs für Kontinentaltansania übereinstimmen, zu dem der Rat am 1. November 2012 eine positive Entscheidung getroffen hat (vergleiche Absatz 7 oben).

43. *Der Rat wird ersucht,*

a) *die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;*

b) *vorbehaltlich der Aufnahme der in den Absätzen 26, 28, 30 und 35 dieses Dokuments empfohlenen Änderungen in den Gesetzentwurf über Pflanzenzüchterrechte von Sansibar ohne zusätzliche Änderungen eine positive Entscheidung über die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs über*

Pflanzenzüchterrechte von Sansibar mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen;

c) zur Kenntnis zu nehmen, daß der Gesetzentwurf über Pflanzenzüchterrechte für Kontinentaltansania am 5. November 2012 angenommen wurde, und daß die Annahme des Gesetzentwurfs für Sansibar erforderlich ist, damit die Züchterrechte das gesamte Hoheitsgebiet der Vereinigten Republik Tansania abdecken;

d) die Regierung der Vereinigten Republik Tansania darüber in Kenntnis zu setzen, daß vorbehaltlich

i) der Aufnahme der Empfehlungen des Rates, wie in Dokument C/46/18 „Bericht über die Entschlüsse“, Absatz 15 b) dargelegt (vergleiche Absatz 7 dieses Dokuments), in das am 5. November 2012 verabschiedete Gesetz über Pflanzenzüchterrechte für Kontinentaltansania ohne zusätzliche Änderungen (vergleiche Dokument C(Extr.)/30/4 Add.); und

ii) der Aufnahme der vom Rat auf seiner dreißigsten außerordentlichen Tagung am 22. März 2013 in Genf empfohlenen Änderungen (vergleiche Absatz b) oben) in das Gesetz über Pflanzenzüchterrechte für Sansibar und der Verabschiedung des Gesetzes ohne zusätzliche Änderungen

die Beitrittsurkunde der Vereinigten Republik Tansania hinterlegt werden kann; und

e) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung der Vereinigten Republik Tansania von dieser Entscheidung zu unterrichten.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

VEREINIGTE REPUBLIK TANSANIA
MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND GENOSSENSCHAFTEN

Daressalam, 18. Februar 2013

Herrn Francis Gurry
Generalsekretär
Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
34, chemin des Colombettes
1211 Genf 20
Schweiz

(Referenz : AF/287/698/01)

Betreff: BITTE UM PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES GESETZENTWURFS ÜBER
PFLANZENZÜCHTERRECHTE 2013 FÜR SANSIBAR

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß die Regierung von Sansibar die Annahme des Züchterrechtsgesetzes 2013 vorbereitet. Das Landwirtschaftsministerium in Sansibar hat uns mitgeteilt, daß der genannte Gesetzentwurf vom Kabinettssekretariat (Interministerieller technischer Ausschuß – IMTC) erörtert und gebilligt worden ist und nunmehr dem Kabinett vorgelegt werden soll, bevor er zu einem späteren Zeitpunkt dem Repräsentantenhaus zur Beratung unterbreitet wird.

Wie der UPOV-Rat auf seiner sechsendvierzigsten Tagung anlässlich der Behandlung des Antrags auf Prüfung der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs für Kontinentaltansania feststellte, hat die Vereinigte Republik Tansania die Absicht, einen Gesetzentwurf für Sansibar vorzulegen. Diese Vorlage soll Tansania erlauben, aufgrund einer positiven Entscheidung des Rates betreffend die Gesetze von Kontinentaltansania und Sansibar die Voraussetzungen für die Hinterlegung von Beitrittsurkunden zu erfüllen.

Im Anschluß an die im Februar 2010 erfolgte Billigung durch das Parlament hat die Regierung der Vereinigten Republik Tansania die Absicht, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991, beizutreten.

Ich würde es begrüßen, wenn der UPOV-Rat in Übereinstimmung mit Artikel 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens die Vereinbarkeit des beiliegende Gesetzentwurfs mit dem UPOV-Übereinkommen prüfen würde. Sie werden feststellen, daß einige Bestimmungen im Gesetzentwurf für Sansibar geringfügige Unterschiede gegenüber dem Gesetzentwurf für Kontinentaltansania aufweisen, der vom Rat positiv beschieden wurde, vorbehaltlich einiger Formulierungs- und verwaltungstechnischer Differenzen. Weitere Unterschiede gegenüber dem Gesetz für Kontinentaltansania sind zurückzuführen auf die Änderungen, die das Parlament der Vereinigten Republik Tansania vor der Verabschiedung des Gesetzes am 5. November 2012 vorgenommen hat.

Mit freundlichen Grüßen

Ing. Mbogo Futakamba
Amtierender STAATSSEKRETÄR

Kopie an: Staatssekretär
Ministerium für Landwirtschaft und natürliche Ressourcen
Regierung von Sansibar
SANSIBAR

Kopie an: Ständige Vertretung der Vereinigten Republik Tansania
Genf, Schweiz

[Anlage II folgt]

C(Extr.)/30/4 Rev.

ANNEX II / ANNEXE II / ANLAGE II / ANEXO II

[In English only / En anglais seulement /
Nur auf Englisch / En Inglés solamente]



**REVOLUTIONARY GOVERNMENT OF ZANZIBAR
MINISTRY OF AGRICULTURE AND NATURAL RESOURCES**

A DRAFT BILL

FOR

AN ACT TO ESTABLISH THE PLANT BREEDERS' RIGHT ACT

2013

DRAFT BILL FOR
THE PLANT BREEDERS' RIGHTS ACT, 2013

ARRANGEMENT OF SECTIONS

SECTION

TITLE

PART I
PRELIMINARY PROVISIONS

1. Short title and commencement.
2. Interpretation.

PART II
PLANT BREEDERS RIGHTS REGISTRY

3. Establishment of Plant Breeders' Rights Registry.
4. Appointment of Registrar.
5. Functions of Registrar.
6. Register of plant breeders' rights.
7. Evidence of certain entries and documents.
8. Inspection of Register.
9. Plant Breeders' Rights Advisory Committee.
10. Functions of the Committee.
11. Powers of the Committee.

PART III
VARIETIES TO BE PROTECTED

12. Genera and species to be protected.
13. Conditions of protection.
14. Novelty.
15. distinctness.
16. Uniformity.
17. Stability.

PART IV
APPLICATION FOR PLANT BREEDER'S RIGHT

18. Application for breeder's right.
19. Contents of an application.
20. Variety denomination.

PART V
CONSIDERATION AND DISPOSITION OF APPLICATION

21. Filing date of an application
22. Right of priority.
23. Amendment of application.
24. Publication of notice of application.
25. Objection to the proposed grant of breeder's right.
26. Grounds for objection.
27. Notice to the applicant and reply to an objection.
28. Disposition of applications.

PART VI
PROVISIONAL AND FINAL PROTECTION

29. Provisional protection.
30. Scope of the breeder's right, essentially derived certain other varieties.
31. Exceptions to the breeder's right.
32. Exhaustion of the breeder's right.
33. Duration of plant breeder's right.
34. Protection and damages for infringement of breeder's right.
35. Annual fees

PART VII
NULLITY, CANCELLATION AND SURRENDER OF BREEDER'S RIGHT

36. Nullity of the breeder's right.
37. Cancellation of the breeder's right.
38. Notification on nullification and cancellation.
39. Surrender of breeder's right.

PART VIII
AUTHORIZATION AND ASSIGNMENTS

40. Authorization and assignment of breeder's right.
41. Restrictions on the exercise of the breeder's right.
42. Information on authorization, assignment and transmission.

PART IX
APPEALS

43. Appeals Board.
44. Appeal from the decision of the Registrar.
45. Decision of the Appeals Board.

PART X
PLANT BREEDERS' RIGHTS FUND, ACCOUNTS, AUDIT AND ANNUAL REPORT

46. Plant Breeders' Rights Development Fund.
47. Accounts and Audit.
48. Annual reports to be submitted to the Minister.

PART XI
OFFENCES AND PENALTIES

49. Offences and penalties.

PART XII
GENERAL PROVISIONS

50. Collection of fees.
51. Confidentiality.
52. Action against the Government.
53. Breeders' right in respect of existing varieties of recent creation.
54. Agreements with foreign governments.
55. Agents.
56. Registrar to make guidelines .
57. Regulations.

A BILL

for

**An Act to provide for the grant and protection of plant breeders' rights,
for establishment of Plant Breeders' Rights Registry
and for related matters.**

**PART I
PRELIMINARY PROVISIONS**

1. This Act may be cited as Zanzibar Plant Breeders' Rights Act, 2013 and shall come into force on such date as the Minister may, by notice published in the *Gazette*, appoint. **Short title and Commencement**
2. In this Act, unless the context otherwise requires-
- "agent", in relation to an applicant or a holder of plant breeder's right, means a person who is duly authorized by the applicant or holder to act, on behalf of the applicant or holder;
- "Appeals Board" means the Appeals Board established under Section 43.
- "applicant" means the breeder entitled to file an application for the grant of a breeder's right in accordance with the definition of "breeder" provided for in this Act;
- "breeder" means
- the person who bred or discovered and developed a variety;
 - the person who is the employer of the person who bred or discovered and developed a variety or who has commissioned the employer's work; or
 - the successor in title of a person mentioned in paragraph (a) or (b) as the case may be;
- "breeder's right" means the right of the breeder provided for under this Act;
- "Committee" means a Plant Breeders' Rights Advisory Committee established under Section 9;
- "*Gazette*" means Zanzibar Government Official Gazette;
- "Fund" means the Fund established under Section 46;
- "legal representative" means-
- a liquidator or receiver of a company;
 - administrator of the estate of the deceased;
 - a representative of any person who-
 - has become insolvent or bankrupt;
 - has assigned his estate;
 - is an infant or minor;
 - is of unsound mind; or
 - is otherwise under any disability.
- "Minister" means the Minister responsible for agriculture;
- "Ministry" means the Ministry responsible for agriculture;
- "Register" means the Register of plant breeders' rights kept in terms of Section 6;
- "Registrar" means the Registrar of Plant Breeders' Rights appointed in accordance with Section 4;
- "Reproductive material" means a plant or part of the plant used to multiply the plant;
- "sell" means to offer, advertise, keep, expose, transmit, convey, deliver or prepare for sale or exchange or dispose off for any consideration or transmit, convey or deliver in pursuance of the sale;
- "variety" means a plant grouping within a single botanical taxon of the lowest known rank, which grouping, irrespective of whether the conditions for the grant of a breeder's right are fully met, can be-
- defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes;
 - distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics; and
 - considered as a unit with regard to its suitability for being propagated unchanged;
- Interpretation**

PART II
PLANT BREEDERS' RIGHTS REGISTRY

- 3.** There is hereby established within the Ministry responsible for agriculture a unit to be known as the Plant Breeders' Rights Registry. **Establishment of the Registry**
- 4.** –(1)The Minister shall, by notice published in the *Gazette*, appoint a person or an officer who has relevant qualification and experience to perform the functions conferred to or imposed on the Registrar of Plant Breeders' Rights under this Act. **Appointment of Registrar**
(2) The Minister may appoint deputy Registrars and other officers with relevant qualification and experience who shall perform some of the powers and privileges conferred to the Registrar pursuant to this Act.
(3) For the purpose of this section relevant qualification shall include at-least Masters degree from any recognized institution in the field of agricultural science, law or related field with a minimum experience of five years in the said field.
- 5.** The functions of the Registrar shall be- **Functions of Registrar**
(a) to grant breeders' rights;
(b) to maintain a register and provide information on plant breeders' rights issued in Zanzibar;
(c) to facilitate transfer and licensing of plant breeders' rights;
(d) to collaborate with local and international bodies whose functions relate to plant breeders' rights matters; and
(e) to perform any other functions as are necessary for the furtherance of the objects of this Act.
- 6.** –(1)The Registrar shall maintain an official plant breeders' rights register in which all information required to be registered under this Act shall be entered. **Register of plant breeders' rights**
(2) The information to be listed in the Register for each registered variety, shall include-
(a) species and denomination of a variety;
(b) the full name and address of-
(i) the applicant or holder of the breeder's right;
(ii) the person who bred or discovered and developed the variety, in case such person is different from the applicant or holder of the breeder's right;
(c) the date and time of inception of the breeder's right;
(d) all other matters which:
(i) are required by this Act or any other written law to be entered in the Register;
(ii) otherwise, affect the validity or ownership of breeder's right; and
(e) any other information, which may be required by Regulations made under this Act.
(3) The Register shall be *prima facie* evidence of any matter entered therein.
- 7.** –(1) A certificate purporting to be signed by the Registrar certifying that any entry under this Act, has or has not been made or that any other requirement has not been fulfilled shall be *prima facie* evidence of the matter so certified. **Evidence of certain entries and documents**
(2) A copy of -
(a) an entry in the Register or of any document lodged in terms of this Act; or
(b) an extract from the Register or from any document lodged in terms of this Act,
which purports to be certified by the Registrar shall be admitted as evidence.
- 8.** - (1) The Register shall be open for inspection by any member of the public at all convenient times during business hours. **Inspection of Register**
(2) A certified copy of any entry in the Register shall be given upon request and payment of the prescribed fee.

9. -(1) There is hereby established a committee to be known as the Plant Breeders' Rights Advisory Committee. **Plant Breeders' Rights Advisory Committee**

(2) The members of the Committee shall be appointed by the Minister in consultation with relevant authorities at-least three among them should be female, they are:-

- (a) one representative from the Ministry, who shall be the Chairperson to the Committee;
 - (b) one representative from plant breeders association;
 - (c) one representative from registered seed trade association;
 - (d) one representative from registered farmers association;
 - (e) one representative from an institution teaching plant breeding;
 - (f) one representative of an authority responsible for registration of intellectual property rights;
 - (g) one representative of the Attorney General;
 - (h) One representative from the institute responsible for agricultural research; and
 - (i) the Registrar of Plant Breeders' Rights in Tanzania Mainland;
- (3) the Registrar shall be the Secretary of the Committee.

10. The functions of the Committee shall be-

Functions of the Committee

- (a) to advise the Minister on efficient enforcement of this Act;
- (b) to receive reports of plant breeders' rights applications from the Registrar;
- (c) to make expert consideration on the plant breeders' rights reports and on the Registrar's tests results; and
- (d) to manage the operations of the Fund.

11. The Committee shall, in fulfilling its functions, have powers-

Powers of the Committee

- (a) to make its own rules of procedure;
- (b) to give to the Registrar advice of specific and general nature;
- (c) to call applicants and other interested persons for hearing before the approval by the Registrar of a plant breeder's right application.

PART III VARIETIES TO BE PROTECTED

12. The protection of varieties under this Act shall apply to all plant genera and species.

Genera and species to be protected

13. -(1) The breeder's right shall be granted with respect to variety which is new, distinct, uniform and stable.

Conditions of protection

(2) The grant of the breeder's right shall not be subject to any further or different conditions, provided that the variety is designated by a denomination in accordance with the provisions of Section 20, and the applicant complies with the formalities provided for under this Act and that he pays the required fees.

14. -(1) The variety shall be deemed to be new if, at the date of filing of the application for a breeder's right, propagating or harvested material of the variety has not been sold or otherwise disposed off to any person by or with the consent of the breeder, for purposes of exploitation of the variety-

Novelty

- a) in the territory of the United Republic of Tanzania, earlier than one year before the date of filing the application;
- b) in a territory other than that of the United Republic of Tanzania :-
 - i. earlier than four years; or
 - ii. in the case of trees or of vines, earlier than six years before the said date.

(2) Subject to subsection (1), the following acts shall not be considered to result in the loss of novelty-

- (a) trials of the variety not involving sale or disposal off to others for purposes of exploitation of the variety;
- (b) sale or disposal off to others without the consent of the breeder;
- (c) sale or disposal off to any person that forms part of an agreement for the transfer of rights to the successor in title;
- (d) sale or disposal off to any person that forms part of an agreement under which a person multiplies propagating material of the variety concerned on behalf of the breeder, provided that:
 - (i) the property in the multiplied material reverts to the breeder,
 - (ii) the multiplied materials is not used for the production of another variety;
- (e) sale or disposal off to any person that forms part of an agreement under which a person undertakes field tests or laboratory trials, or small-scale processing trials with a view of evaluating the variety;
- (f) sale or disposal off to any person that forms part of the fulfillment of a statutory or administrative obligation, concerning biological security or the entry of varieties in an official catalogue of varieties admitted to trade;
- (g) sale or disposal off to any person of harvested material which is a by-product or a surplus product of the creation of the variety or of the activities referred to in paragraphs (e) and (f), provided that the said material is sold or disposed of without variety identification for the purposes of consumption; and
- (h) disposal off to any person due to or in consequence of the fact that the breeder had displayed the variety at an official or officially recognized exhibition.

15. - (1) A variety shall be deemed distinct where it is clearly distinguishable from any other variety whose existence is a matter of common knowledge at the time of the filing of the application.

Distinctness

(2) For the purposes of subsection (1), the filing of an application for the granting of breeder's right or for the entering of another variety in the official register of varieties in any country, shall be deemed to render that other variety a matter of common knowledge from the date of the application provided that the application leads to the granting of breeder's right or to the entering of the said other variety in the official register of varieties.

16. A variety shall be deemed uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics.

Uniformity

17. A variety shall be deemed to be stable, where its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or in the case of a particular cycle of propagation, at the end of each cycle.

Stability

PART IV APPLICATION FOR PLANT BREEDERS' RIGHTS

18. A breeder of a new variety may apply for the grant of a breeder's right for that variety.

Application for breeder's right

19. The application for breeder's right relating to a variety shall contain the following-

Contents of an application

- (a) the name and address of the applicant;
- (b) where the applicant is the successor in title of the person who bred, or discovered and developed, the variety-
 - (i) proof of title or authority in the form and content satisfactory to the Registrar or as may be specified by Regulations establishing the existence and validity of the assignment or succession; and
 - (ii) the name and address of the person who bred, or discovered and developed, the variety;

- (c) the proposed denomination, along with the description of the characteristics of the variety as the Registrar may require;
- (d) samples of propagating material in such quantities as the Registrar may require; and
- (e) additional information, documents and material that may be required in connection with the application as may be prescribed in the Regulations.

20. - (1) The variety shall be designated by a denomination which shall be its generic designation and subject to subsection (5), no rights in the designation registered as the denomination of the variety shall hamper the free use of the denomination in connection with the variety even after the expiration of the breeder's right.

**Variety
denomination**

(2) The denomination:

- (a) shall enable the variety to be identified;
- (b) shall not be liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the variety or the identity of the breeder;
- (c) shall be different from every denomination which designates, in the territory of any member of an international organization dealing with plant breeders' rights matters to which Tanzania is a party, an existing variety of the same plant species or of a closely related species; and
- (d) may not consist solely of figures except where this is an established practice for designating varieties.

(3) The denomination of the variety shall be submitted by the applicant to the Registrar and where the Registrar finds that the denomination does not satisfy the requirements of this section, he shall refuse to register it and require the applicant to propose another denomination within the period to be prescribed in the Regulations.

(4) The denomination shall be registered by the Registrar at the time the breeder's right is granted.

(5) Prior rights of third persons shall not be affected and where, by reason of a prior right, the use of the denomination of a variety is forbidden to a person who, in accordance with the provisions of subsection (9), is obliged to use it, the Registrar shall require the applicant to submit another denomination for the variety.

(6) Where the variety is already protected by a member of an international organization dealing with the plant breeders' rights matters to which United Republic of Tanzania is a party or an application for the protection of the same variety is filed in a member of such organisation, the variety denomination which has been proposed or registered in that other member of the organisation shall be submitted by the applicant to the Registrar.

(7) The Registrar shall register the denomination submitted, unless he considers the denomination unsuitable within Zanzibar and in case the denomination is unsuitable he shall require the applicant to submit another denomination.

(8) The Registrar shall, in writing, inform authorities of the members of an international organization dealing with the plant breeders' rights matters to which United Republic of Tanzania is a party, of matters concerning variety denominations, in particular the submission, registration and cancellation of the denominations.

(9) Any person who, within the territory of the United Republic of Tanzania, offers for sale or markets propagating material of a variety protected within the said territory shall be obliged to use the denomination of that variety, even after the expiration of the breeder's right in that variety, except where, prior rights prevent such use.

(10) When a variety is offered for sale or marketed, it shall be permitted to associate a trademark, trade name or other similar indication with a registered variety denomination and where such an indication is so associated, the denomination shall nevertheless be easily recognizable.

PART V CONSIDERATION AND DISPOSITION OF APPLICATION

21. -(1) The filing date of an application shall be the date, which the application was received by the Registrar.

**Filing date of
application**

(2) For purposes of this section, an application shall be deemed to have been received on the date that the required parts of the application are received in the form sufficient for consideration under this Act.

(3) Any application filed with the Registrar of Plant Breeders' Rights of Mainland Tanzania, shall be recognized as an application, for the same variety, filed with the Registrar.

22. - (1) Any breeder who has duly filed an application for the protection of a variety in one of the members of an international organization dealing with plant breeders' rights matters which United Republic of Tanzania is a party shall enjoy a right of priority for a maximum period of twelve months. This period shall be computed from the date of filing the first application. The day of filing shall not be included in the latter period.

Right of priority

(2) The applicant shall, in order to benefit from the right of priority, in the subsequent application in the United Republic of Tanzania, claim within twelve months the priority of the first application.

(3) The Registrar may require the applicant to furnish, within a period of not less than three months from the filing date, a copy of the documents which constitute the first application certified to be a true copy by the authority with which that application was filed and samples or other evidence indicating that the variety which is the subject matter of both applications is the same.

(4) The applicant shall, within a period of two years after the expiration of the period of priority or a period of six months where the first application is rejected or withdrawn, be allowed to furnish to the Registrar any necessary information, document or material required in this Act for the purpose of the examination.

23. - (1) An applicant may amend his application for the grant of a breeder's right for a variety at any time without affecting its filing date, provided that, the amendment does not affect the variety which is the subject of the application.

Amendment of application

(2) Where any amendment of an application occurs after publication of a notice under Section 24, the applicant shall be liable to pay the cost of republication.

24. - (1) The Registrar shall, publish in the *Gazette*, and in a newspaper of vast circulation, a notice of every filed application for breeder's right that satisfies the requirements of the Act specifying -

Publication of notice of application

- (a) the name and address of the applicant;
- (b) the filing date of the application;
- (c) proposed denomination; and
- (d) such other information as may be specified in the Regulations.

25. - (1) Any person may, within two months of publication of a notice under Section 24, lodge with the Registrar a written objection to the matter specified in that notice.

Objection to the proposed grant of breeder's right

(2) The Minister may, on behalf of the Government, lodge an objection under this Section.

(3) A notice of objection made under subsection (1) shall-

- (a) specify the ground on which the objection is based;
- (b) include a statement of the facts alleged in support of the grounds stated under paragraph (a); and
- (c) be supported by an affidavit or other proof, if required by the Registrar.

26. An objection lodged pursuant to Section 25 shall be based on allegation of one or more of the following grounds-

Grounds for objection

- (a) that the applicant is not entitled to file the application;
- (b) that the application contains a material misrepresentation;
- (c) that the contents of the application do not comply with this Act or the Regulations.

27. - (1) The Registrar shall notify the applicant of an objection under Section 25 and provide him with a copy of the notice of an objection and all supporting documents that are lodged with the objection within two weeks from the date of filing the objection.

Notice to the applicant and reply to an objection

(2) The applicant may respond to the allegation of the objector, in a written reply which shall be lodged to the Registrar and copied to the objector, within one month or such further period as the Registrar may allow from the date of notification made under subsection (1).

(3) The Minister may, on behalf of the Government, lodge a reply to any objection lodged against the Government.

28. - (1) The Registrar shall, upon completion of the notice requirements under Section 24 and the expiration of all time limits for objections and a reply, examine the application and a reply.

Disposition of applications

(2) Upon any decision to grant a breeder's right which requires an examination for compliance with the conditions specified under this Act, the Registrar may in the course of the examination, grow or cause to be grown the variety or carry out other necessary tests, or take into account the results of growing tests or other trials which have already been carried out.

(3) The Registrar may, for the purposes of examination, require the breeder to furnish all the necessary information, document or material.

(4) The Minister may appoint one or more persons based on their special knowledge to advise the Registrar in the examination of applications.

(5) Where the Registrar concludes that-

- (a) the application conforms to the requirements of this Act;
- (b) the applicant is entitled to file the application;
- (c) no objection has been filed;
- (d) in respect of objections filed, there are no grounds for objection; and
- (e) the objection filed does not state an impediment to the granting of the breeder's right for the variety,

he shall grant a breeder's right.

(6) For each variety for which breeder's right is granted, the Registrar shall-

- a) issue a certificate of registration to the applicant;
- b) enter the variety in the register as provided for under Section 6; and
- c) publish a notice of the grant of breeder's right and the approved denomination in the *Gazette*.

(7) Any grant of breeder's right made by the Registrar of Mainland Tanzania shall be recognized as the grant of breeder's right of the same variety made by the Registrar.

PART VI PROVISIONAL AND FINAL PROTECTION

29. The holder of a breeder's right shall be entitled to equitable remuneration from any person who, during the period between the publications of the application under section 24 for the grant of a breeder's right and the date of grant of that right, has carried out acts which, once the right is granted, require the breeder's authorization as provided for under section 30.

Provisional protection

30. - (1) Subject to Sections 31 and 32, the following acts in respect of the propagating material of the protected variety shall require the authorization of the holder of the breeder's right-

Scope of the breeder's right, essentially derived and certain other varieties

- (a) production or reproduction (multiplication);
- (b) conditioning for the purpose of propagation;
- (c) offering for sale;
- (d) selling or marketing;
- (e) exporting;
- (f) importing; and
- (g) stocking for any purposes mentioned in paragraphs (a) to (f).

(2) The holder of the breeder's right may make his authorization subject to conditions and limitations.

(3) Subject to the provisions of Sections 31 and 32, the acts referred to in paragraph (a) to (g) of subsection (1) in respect of harvested material, including entire plants and parts of plants, obtained through the unauthorized use of propagating material of the protected variety shall require the authorization of the holder of the breeder's right, unless the holder of the breeder's right has had reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said propagating material.

(4) Subject to Sections 31 and 32, the acts referred to in paragraph (a) to (g) of subsection (1) in respect of products made directly from harvested material of the protected variety falling within the provision of subsection (3) through the unauthorized use of the said harvested material, shall require the authorization of the breeder, unless the breeder has had reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said harvested material.

(5) The provisions of subsections (1),(2),(3) and (4) shall apply to-

- (a) varieties that are essentially derived from the protected variety where the protected variety is not itself an essentially derived variety;
- (b) varieties which are not clearly distinguishable in accordance with Section 15 from the protected variety; and
- (c) varieties whose production requires the repeated use of the protected variety.

(6) For purposes of paragraph (a) of subsection (5), a variety shall be deemed to be essentially derived from another variety when-

- (a) it is predominantly derived from the initial variety, or from a variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotype of the initial variety;
- (b) it is clearly distinguishable from the initial variety; and
- (c) except for the difference, which result from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety.

(7) For the purposes of this section, essentially derived varieties may be obtained through means such as the selection of a natural or induced *mutant*, or of a *somaclonal* variant, the selection of variant, individual from plants of the initial variety, backcrossing, or transformation by genetic engineering.

31. - (1) The breeder's right shall not extend to-

- a) acts done privately and for non-commercial purposes;
- b) acts done for experimental purposes;
- c) acts done for the purpose of breeding other varieties and, except where the provisions of Section 30 (5) apply, acts referred to in Section 30(1) to (4) in respect of such other varieties.

Exceptions to the breeder's right

(2) For the list of agricultural crops specified by the Minister, which shall not include fruits, ornamentals, vegetables or forests trees, the breeder's right shall not extend to a farmer who, within reasonable limits and subject to the safeguarding of the legitimate interests of the holder of the breeder's right, uses for propagating purposes on his own holding, the product of the harvest which he has obtained by planting on his own holding, the protected variety or a variety covered by Section 30 (5)(a) or (b).

(3) The reasonable limits and the means of safeguarding the legitimate interests of the holder of the breeder's right shall be specified in the Regulations.

32. - (1) The breeder's right shall not extend to acts concerning any material of the protected variety or of a variety covered by the provisions of Section 30 (5), which has been sold or otherwise marketed by the breeder or with his consent in Zanzibar or any material derived from the said material, unless such acts-

- (a) involve further propagation of the variety in question; or
- (b) involve an export of material of the variety, which enables the propagation of the variety, into a country which does not protect varieties of the plant genus or species to which the variety belongs, except where the exported material is for final consumption purposes.

Exhaustion of the breeder's right

- (2) In this Section “material” means, in relation to a variety-
- (a) propagating material of any kind;
 - (b) harvested material, including entire plants and parts of plants; and
 - (c) any product made directly from the harvested material.

33. - (1) Except as set forth in Part VII, the breeder’s right granted under this Act shall expire after twenty years from the date of the grant except for trees and vines whose breeder’s right shall expire after twenty five years from the date of grant. **Duration of plant breeder’s right**

(2). The term may be extended for an additional five years, by a written notice to the Registrar given by the holder of the breeder’s right six months before the expiration of the original term.

34. - (1) Breeders’ rights are protected by both civil and criminal measures stipulated in any written law. **Protection and damages for infringement of breeder’s right**

(2) A suit by the holder of breeder’s right against any person who infringes the breeder’s right may be brought in any court of competent jurisdiction.

(3) The court may in addition to the cost of the action, grant an injunction or damages or both, as it may appear to be reasonable in the circumstances of the case.

35. The holder of breeder’s right shall pay maintenance fee at time and rate specified in the Regulations. **Annual fees**

PART VII NULLITY, CANCELLATION AND SURRENDER OF BREEDER’S RIGHT

36. - (1) The Registrar shall declare a breeder’s right granted by him null and void when it is established that- **Nullity of the breeder’s right**

- (a) the conditions laid down in Sections 14 and 15 were not complied with at the time of the grant of the breeder’s right;
- (b) where the grant of the breeder’s right has been essentially based upon information and documents furnished by the applicant, the conditions laid down in Section 16 or 17 were not complied with at the time of the grant of the breeder’s right; or
- (c) the breeder’s right has been granted to a person who is not entitled to it unless it is transferred to the person who is so entitled.

(2) The breeder’s right shall not be declared null and void for reasons other than the reasons referred to in subsection (1).

37. - (1) The Registrar may cancel a breeder’s right granted by him where he has established that the conditions laid down in Section 16 or 17 are no longer fulfilled. **Cancellation of the breeder’s right**

(2) Without prejudice to subsection (1), the Registrar may cancel a breeder’s right granted by him, within the prescribed period provided in the Regulations, where-

- (a) the holder of the breeder’s right does not provide the Registrar with the information, documents or material deemed necessary for verifying the maintenance of the variety;
- (b) the holder of the breeder’s right fails to pay such fees as may be payable to keep his right in force; or
- (c) the holder of the breeder’s right does not propose, where the denomination of the variety is cancelled after the grant of the right, another suitable denomination.

(3) The breeder’s right shall not be declared cancelled for reasons other than the reasons referred to in subsections (1) and (2).

38. - (1) The Registrar shall notify the holder of the breeder’s right and any licensee of any decision made under Section 36 or 37 of this Act and grounds for such decision. **Notification on nullification and cancellation**

(2) Any person receiving notice under subsection (1) may contest the decision, by a written objection lodged to the Registrar within thirty days from the date of receipt of notification of the decision.

(3) The Registrar may hold, within a reasonable time after receipt of an objection, a hearing or may decide the matter based on written submissions of all interested parties.

(4) Where the Registrar nullifies and cancels any breeder's right under this Section, he shall publish the nullification or cancellation by a notice in the *Gazette*, after expiration of thirty days from the date of the decision or following a decision made under subsection (3).

(5) The holder shall return to the Registrar any certificate of the grant of a breeder's right that has been nullified or cancelled under this Section.

39. - (1) Any holder of a breeder's right may, by written notice to the Registrar, surrender the breeder's right.

Surrender of breeder's right

(2) The Registrar shall, within one month from the date of receiving the notice under subsection (1), terminate the breeder's right and publish a notice in the *Gazette* of such termination.

PART VIII AUTHORIZATION AND ASSIGNMENTS

40. - (1) The holder of breeder's right may assign or authorize any person, to undertake any activity described or referred to in Section 30.

Authorization or assignment of Breeder's right.

41. - (1) The free exercise of a breeder's right shall, unless where expressly provided in this Act, not be restricted for reasons other than of public interest.

Restrictions on the exercise of the breeder's right

(2) When any such restriction has the effect of the Registrar granting of a compulsory authorization in respect of a breeder's right on the ground that it is necessary to safeguard the public interest, the person to whom the compulsory authorization is granted shall pay the holder of the breeder's right an equitable remuneration.

42. - (1) A person authorized under section 40 may, in not more than sixty days from the effective date of the authorization, notify the Registrar of the transaction and furnish the Registrar with a copy of that authorization agreement.

Information on authorization, assignment and transmission

(2) The Registrar may prescribe the form and manner of notification to be made under subsection (1).

(3) Upon assignment or other transmission of all of a breeder's right, the assignee or recipient shall notify the Registrar for the purposes of making changes in the Register.

PART IX APPEALS

43. - (1) The Minister shall appoint an Appeal's Board consisting of three members in which one member shall be an expert in legal matters and two other members shall be experts qualified in agricultural science.

Appeal's Board

(2) the Minister shall appoint one person from amongst members of the Appeal's Board to be the Chairperson.

(3) The Appeal's Board shall have power to-

- (a) prescribe its own rules of procedure;
- (b) order and secure the attendance of witnesses;
- (c) compel discovery and the production of documents; and
- (d) administer oath or affirmation to any witness.

(4) The Appeal's Board shall keep records of its proceedings.

(5) The Appeal's Board may appoint one or more persons with expert knowledge to serve the Appeal's Board in an advisory capacity, either generally or with regard to a specific case or cases.

44. - (1) An appeal from the decisions of the Registrar made under this Act shall lie to the Appeal's Board.

Appeals from the decision of

(2) A person who is aggrieved by any such decision may appeal to the Registrar Appeal's Board by submitting a notice of the appeal within sixty days following the publication or of the receipt of the individual notice of such decision by the person whose interest is the source or subject of the appeal.

45. - (1) The Appeal's Board may conduct investigation, if it deems necessary to do so, and may hold a hearing of the appeal or make a decision based on written submissions. **Decision of the Appeals Board**

(2) The Appeal's Board may confirm, set aside or vary any decision or action of the Registrar; and may order the Registrar to carry out the decision of the Appeal's Board.

(3) The Appeal's Board shall give reasons for its decision in writing, and copies thereof shall be furnished to the appellant, the Registrar and any other interested party.

(4) Subject to the provisions of this section, a decision of the Appeal's Board shall be final.

PART X PLANT BREEDERS' RIGHTS DEVELOPMENT FUND, ACCOUNTS, AUDIT AND ANNUAL REPORT

46. - (1) The Minister shall, after consultation with the Minister responsible for Finance, establish a Fund to be known as the "Plant Breeders' Rights Development Fund" into which moneys realized under this Act shall be kept. **Plant Breeders' Rights Development Fund**

(2) The sources of moneys for the Fund shall include-

- (a) grants from the government;
- (b) fees payable under this Act;
- (c) any donations or grants from any person;

(3) The purposes of the Fund shall include financing of the following activities-

- (a) development and promotion of the plant breeders' rights;
- (b) training of plant breeders on matters concerned with plant breeders' rights;
- (c) establishment and maintenance of the variety collections and data base; and
- (d) such other activities relating to administration of the Act.

(4) Separate books of accounts and other records in respect of the moneys of the Fund shall be kept properly and maintained and be subject to audit.

47. - (1) The Plant Breeders' Rights Registry shall cause to be kept and maintained proper books of accounts with respect to- **Accounts and audit**

- (a) all sums of moneys received and expended by the Plant Breeders' Rights Registry and matters in respect of which the receipt and expenditure take place;
- (b) all the assets and liabilities of the Plant Breeders' Rights Registry and the Fund; and
- (c) the income and expenditure statement of the Plant Breeders' Rights Registry.

(2) The financial year of the Plant Breeders' Rights Registry and the Fund shall end on 30th June of each year.

(3) The books of accounts of the Plant Breeders' Rights Registry and the Fund shall be audited at the end of each financial year by the Controller and Auditor General.

48. - As soon as the accounts of the Registry has been audited, and in any case not later than six months after the close of each financial year, the Registrar shall submit to the Minister such audited statement of accounts and a copy of the report made by the Controller and Auditor General on the statement of the account. **Annual report to be submitted to the Minister**

**PART XI
OFFENCES AND PENALTIES**

- 49.** - (1) Any person who knowingly-
- (a) makes a false entry in the Register;
 - (b) makes a writing which falsely purports to be a copy of an entry in the Register or of a document lodged with the Registrar;
 - (c) produces or tenders a false entry of copy as evidence;
 - (d) submits a false document or makes a false statement or representation to the Registrar in regard to any action described under this Act;
 - (e) obstructs or hinders the Registrar or any officer in the exercise of his powers or the carrying out of his functions under this Act;
 - (f) having been duly summoned to appear at any proceedings under this Act, fails without lawful excuse to appear;
 - (g) having appeared as a witness at any proceedings under this Act, refuses without lawful excuse to be sworn or to make affirmation or to produce any document or answer any question which he may be lawfully required to produce or answer;
 - (h) contravene the obligation to use the denomination as required by Section 20 (9);
 - (i) gives false information in any application or makes any false statement in evidence; and
 - (j) violates breeder's right
- commits an offence.

Offences and penalties

(2) Any person who commits an offence referred to under this Act shall upon conviction, be liable to a fine not less than two millions and not exceeding ten millions Tanzanian shillings or to an imprisonment for a term not less than one year and not exceeding three years or to both.

**PART XII
GENERAL PROVISIONS**

50. Notwithstanding any other provision of this Act, the Registrar shall collect fees from the applicant or any other person filing a document or requesting access of administrative action under this Act, for each application, extension, filing, inquiry or other administrative process or service.

Collection of fees

51. - (1) The contents of any licence or assignment shall be confidential unless both parties agreed to permit access thereto by third parties and only to the extent of the permission so granted.

Confidentiality

(2) The applicant may declare some portion of the application to be confidential, and where declared so, the Registrar shall determine whether the application can be processed without publication or other violation of that confidentiality, and give the applicant the option of altering his statement of confidentiality or withdraw the application.

(3) Except as otherwise provided for in this Act, any person who discloses any information made available under this Act, except to-

- (a) the Minister, the Appeal's Board, the Registrar or any other person for the purposes of carrying out his duties or the performance of his functions under this Act;
- (b) a police officer for the purposes of an investigation or inquiry relating to the enforcement of the provisions of this Act; or
- (c) any other person when required to do so by any court or under any written law,

commits an offence and upon conviction shall be liable to a fine not less than one million and not exceeding five million Tanzanian shillings or an imprisonment for a period not less than six months and not exceeding one year or to both.

- 52.** - (1) Subject to the existing law on taking action against the Government, this Act shall be binding on the Government with regard to its applications for breeder's right and other interests acquired or given in breeder's right to the same extent and with the same effect as it applies to any other person. **Action against the Government**
- (2) No claim shall lie against the State, the Minister, the Registrar or any other officer for anything done in good faith in the discharge of duties under the powers conferred by this Act.
- 53.** Within twelve months from the date of commencement of this Act, the breeder of an existing variety of recent creation may apply to the Registrar in respect of that variety. **Breeder's right in respect of existing varieties of recent creation**
- 54.** The Minister may enter into bilateral or multilateral agreements with states and intergovernmental or non-governmental organizations in order to facilitate cooperation in testing. **Agreement with foreign governments**
- 55.** – (1) Where the breeder is a non-resident or in the case of a corporation, does not have its registered office in United Republic of Tanzania, he shall have an agent who is resident in United Republic of Tanzania. **Agents**
- (2) The Registrar may, for any gross misconduct or prescribed cause or any other reasonable cause considered by the Registrar to be sufficient, refuse to recognize or to continue to recognize any person as authorized by the breeder to act in the capacity of agent.
- 56.** The Registrar shall make guidelines for the proper implementation of this Act and Regulations made under this Act. **Registrar to make guidelines**
- 57.** - (1) The Minister may make Regulations prescribing anything which under this Act may be prescribed. **Regulations**
- (2) Without prejudice to the generality of subsection (1), Regulations made shall prescribe-
- (a) various forms to be used under this Act;
 - (b) the procedure to be followed in any proceedings before the Registrar;
 - (c) specific information and facilities to be provided, and of the propagating and other material to be submitted with respect to a variety;
 - (d) the tests, trials, examinations and other steps to be taken with respect to a variety, by applicants or by the Registrar and the time within which any such steps are to be taken;
 - (e) the fees to be paid in respect of -
 - (i) applications for the grant of breeder's right and extension of its term;
 - (ii) maintenance of a breeder's right;
 - (iii) requests for administrative review; including objections to nullity and cancellation of breeder's right, appeals from administrative decision and other administrative actions;
 - (iv) technical examination;
 - (v) inspection or obtaining records in the Register or other transaction involving a breeder's right;
 - (vi) provision of a certified copy of any entry therein;
 - (vii) any other fees to be paid under this Act